



Bundeszentrale für
politische Bildung

URL: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/132986/militaer-in-der-ddr>

Pfadt: Geschichte | Zeitgeschichte | Deutschland Archiv | Ausgaben (bis Ende 2012) | Nachkrieg (4/2012) | Literaturjournal | Militär (in) der DDR

Militär (in) der DDR

Der Autor

Thomas Widera

Thomas Widera

24.4.2012

Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, TU Dresden.

Die Sicherheitspolitik des SED-Staates war der Doktrin des permanenten Klassenkampfes verpflichtet, die militärischen und paramilitärischen Organe dienten der Machtsicherung nach innen wie nach außen.

Sammelrezension zu:

- Winfried Heinemann: Die DDR und ihr Militär (Militärgeschichte kompakt), München: Oldenbourg 2011, 224 S., € 19,80, ISBN: 9783486704433.
- Heiner Bröckermann: Landesverteidigung und Militarisierung. Militär- und Sicherheitspolitik der DDR in der Ära Honecker 1971–1989 (Militärgeschichte der DDR; 20), Berlin: Links 2011, 952 S., € 49,90, ISBN: 9783861536390.
- Rüdiger Wenzke: Ab nach Schwed! Die Geschichte des DDR-Militärstrafvollzugs (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin: Links 2011, 492 S., € 39,90, ISBN: 9783861536383.
- Bernd Eisenfeld, Peter Schicketanz: Bausoldaten in der DDR. Die "Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte" in der NVA (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin: Links 2011, 627 S., € 39,90, ISBN: 9783861536376.

Die Sicherheitspolitik der SED war der Doktrin des permanenten Klassenkampfes unlösbar verpflichtet, aber widerstreitenden Interessen unterworfen, denn die militärischen und paramilitärischen Organe dienten der Machtsicherung nach innen wie nach außen. Aus der Gleichzeitigkeit von Herrschaftssicherung und Schutz vor äußerer Bedrohung resultierte eine potentielle Unvereinbarkeit der ideologischen Ausrichtung mit militärstrategischer Rationalität. Darin unterschied sich die Nationale Volksarmee (NVA) diametral von Armeen der Staaten des Westens. Hinzu trat die fehlende Legitimität der SED-Herrschaft, die, korrespondierend mit dem Sicherheitsbedürfnis der sowjetischen Staats- und Parteiführung, eine hypertrophe Wahrnehmung von Gefahren durch die Führungsgremien der Partei bewirkte. Für die von der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin der Sowjetunion fremdbestimmte Militärpolitik der SED galt der Grundsatz, dass allein militärische Überlegenheit den Frieden sichern könne.

Ungeachtet dieser bekannten Sachlage verweist der vielfach synonyme Gebrauch der Begriffe "Militärpolitik", "Verteidigungspolitik" und "Sicherheitspolitik" auf eine Unschärfe in der Rezeption der Forschung. Zudem gilt teilweise noch immer die Militärpolitik der SED apologetisch als "derjenige Teil ihrer Gesamtpolitik, der die Sicherung des Friedens und den Schutz der DDR durch die Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit des Staates im Bündnis mit der UdSSR und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages zum Inhalt hatte".[1] Die der SED-Führung nachgesagte Absicht, der Militärapparat habe der Sicherung des Friedens dienen sollen, ist eine von der Parteipropaganda erzeugte Vorspiegelung. Die neuen Publikationen zur Geschichte des Militärs in der DDR setzen sich in der Bearbeitung des komplexen Forschungsgegenstandes auch mit unzutreffenden Aussagen wie diesen differenziert auseinander.

Die DDR und ihr Militär

Der kompakte Überblick "Die DDR und ihr Militär" von Winfried Heinemann baut neben anderen auf den wichtigen Forschungsarbeiten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) zur Geschichte der NVA in den zurückliegenden Jahren auf, die ein abschließender Literaturüberblick thematisch geordnet verzeichnet. Das ausgezeichnete Studienbuch fasst den aktuellen Wissensstand nicht nur für Studierende zusammen, sondern für jeden Interessierten, der sich umfassend und effektiv über das Wesentliche des DDR-Militärs informieren will. Nach einer einleitenden Übersicht zu den bisherigen Forschungen stellt ein chronologischer Abriss die DDR-Militärgeschichte in den historischen Kontext der Epoche. Im folgenden Abschnitt "Streitkräfte, Politik und Gesellschaft" wird die Rolle der Armee als Sozialisationsinstanz beschrieben und das Geflecht der Beziehungen zwischen der SED und ihrem Geheimdienst, dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), und der NVA. Ausufernde militärische Geheimhaltungspraxis und ideologische Indoktrinierung erschwerten über Gebühr den Dienst von Wehrpflichtigen wie Berufssoldaten und verschärften den Konflikt zwischen militärischer Effizienz und parteipolitischer Durchdringung des Militärs. Während die zugleich als politische Geheimpolizei und militärischer Nachrichtendienst fungierende Verwaltung 2000 des MfS verdeckt von außen agierte, waren die Politoffiziere der Armeehierarchie direkt zugeordnet. Sie hatten die weltanschauliche Erziehung als Teil der Ausbildung durchzuführen und die SED-Direktiven in der NVA durchzusetzen. Neben ihnen besaßen die Parteisekretäre in den Parteioorganisationen der Militärverbände eigene Befugnisse.

Die Doppelunterstellung von Politoffizier und Parteisekretär unter die militärische Einzelleitung und unter die Richtlinienkompetenz der Partei institutionalisierte zu den militärischen Strukturen direkte Entscheidungswege, die in die höchsten Parteigremien reichten. Damit sicherte sich die SED-Führung Mitspracherechte sowohl in militärischen Fachfragen als auch bei der Besetzung von Führungspositionen in den Streitkräften. Obwohl der Kompetenzkonflikt nie offen ausgetragen, der Führungsanspruch der Partei nie infrage gestellt wurde, konnte sich schließlich Professionalität durchsetzen. In der

Götterdämmerung der SED-Herrschaft löste sich das Militär von seiner Funktion als potentielles Instrument innenpolitischer Machtsicherung. Im Herbst 1989 erfüllte die NVA ihre vorgesehene Rolle als Bürgerkriegsarmee nicht.

Die folgenden Abschnitte wenden sich der Organisation der Streitkräfte und ihrem Personal zu. Anfangs hatte die Nationale Volksarmee zwar den Status einer Freiwilligenarmee, doch unübersehbar waren die zahlreichen Elemente von Zwang und Pressuren angelegt, die sich in der nach Mauerbau und Grenzschießung 1961 zur Wehrpflichtarmee gewandelten Truppe weiter ausprägten. Die Abriegelung der DDR war in der Tat die einschneidende Zäsur in der Geschichte der NVA: Stacheldraht und Schießbefehl ermöglichten die Durchsetzung der Wehrpflicht, darauf hatte zuvor wegen der hohen Anzahl von Republikfluchten unter männlichen Jugendlichen verzichtet werden müssen. Das Problem der Wehrdienstverweigerer beantwortete die Militärführung in der Anordnung über die Einrichtung der Baueinheiten im September 1964. Sie glaubte, einen Kompromiss gefunden zu haben; den damit verbundenen Anachronismus ignorierte sie: Sie ließ Pazifisten zum waffenlosen Wehrdienst in die Armee pressen. Mit ihnen entstand innerhalb der Streitkräfte selbst ein zusätzliches und schwer zu integrierendes Sicherheitsrisiko.

In den abschließenden Kapiteln zur Ausrüstung der NVA und zu den operativen Planungen wird deutlich, dass nicht nur die ersichtlichen Rekrutierungsprobleme nach 1980 den Verantwortlichen große Sorgen bereiteten. Die Kosten der militärischen Sicherheit belasteten den Staatshaushalt. Kein anderer Umstand veranschaulicht das mehr als die absurde Tatsache, dass die Armee mit den Wehrpflichtigen den Betrieben wichtiges Fachpersonal entzog, um es bei wirtschaftlichen Engpässen wiederum als billige ungelernete Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Mehr aber noch führte die internationale Lage die Militärangehörigen in eine tiefe Sinnkrise. Die offenkundige Unterlegenheit der Warschauer Pakt-Staaten im Rüstungswettlauf und die mit einem Wandel der Militärdoktrin sich durchsetzende Erkenntnis, dass ein Krieg auf dem eigenen Territorium stattfinden und zu dessen Verwüstung führen müsse, lösten Selbstzweifel aus. Unter diesen Umständen war ein offensiver Einsatz der Streitkräfte in der finalen Staatskrise der DDR zur Stabilisierung SED-Herrschaft nicht zu erwarten.

Landesverteidigung und Militarisierung

Diese zuletzt angeführten Aspekte vertieft das voluminöse Werk "Landesverteidigung und Militarisierung". Die von Heiner Bröckermann an der Universität Potsdam vorgelegte Dissertation befasst sich mit der Militär- und Sicherheitspolitik der SED-Führung nach dem Machtantritt Erich Honeckers und den zentralen Komponenten der Militarisierung der Gesellschaft. Mit Blick auf den Erhalt ihrer Macht waren Entwicklungen und Modifikationen der Sicherheitsarchitektur stets von den Bedrohungswahrnehmungen der SED bestimmt. Indem Bröckermann den Fokus auf den Nationalen Verteidigungsrat (NVR) der DDR richtet, schreibt er Geschichte aus der Perspektive der Herrschaftseliten. Er verfolgt organisationsgeschichtliche und inhaltliche Aspekte ihrer Politik unter Berücksichtigung der internationalen Bündnisverpflichtungen und Sicherheitsinteressen. Weiterhin analysiert er die Herausforderung für Landesverteidigung und Militarisierung aus den Zugeständnissen an die Entspannungspolitik, um zugleich das Verhältnis von Militär und Wirtschaft eingehender zu untersuchen. Danach beschäftigt er sich mit der Krise der Entspannungspolitik im Zusammenhang von Nachrüstungsbeschluss, Konfrontation der Supermächte und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan sowie der Protestbewegung in Polen. Schließlich behandelt er die Anzeichen für den Umbruch des SED-Staats und die Phase der Auflösung des Systems der militärischen Sicherheit.

Militärpolitisch befand sich die DDR in einer ideologisch bedingten Sackgasse: Sie konnte sich von der Ausrichtung auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Sowjetunion im Warschauer Pakt nicht lösen. Die Friedensdoktrin der SED-Führung war zugleich ihre Militärdoktrin und bestimmte ihre militärisch organisierte und zivilgesellschaftlich institutionalisierte Sicherheitspolitik: Sie rückte nicht von dem Richtsatz ab, dass der Friede bewaffnet sein und durch militärische Überlegenheit gesichert werden müsse. Der sowjetischen Militärenzyklopädie folgend beschrieb der Begriff Militärpolitik die Vorbereitung und gegebenenfalls die Anwendung von Waffengewalt zur Durchsetzung politischer Ziele der Parteiführung. Erst nach 1980 kam die Bezeichnung Militär- und Sicherheitspolitik in Gebrauch. Die DDR war jedoch dem Tempo von Aufrüstung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstungsabkommen auf internationaler Ebene nicht gewachsen, innenpolitische Zwänge beanspruchten zunehmend ihre Handlungsressourcen. Dem Protest gegen die Einführung des Wehrunterrichts in der DDR 1978 folgte zwar keine machtvolle Formierung der Opposition wie in Polen; aber die unabhängigen Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen stellten die überraschten Genossen vor die Existenzfragen der Moderne, an die sie den Anschluss verloren hatten.

Die lange geplante Überarbeitung des Wehrdienst- und Grenzgesetzes 1982 brachte keine Antworten auf die gewandelten Herausforderungen, weder auf der innenpolitischen noch auf der internationalen Ebene. Im Gegenteil, die SED-Führung agitierte mit einer Mobilisierungskampagne alten Stils für das Wehrdienstgesetz. Sie versuchte daraus politisches Kapital zu schlagen und im Windschatten dieser Aufmerksamkeit unbemerkt von der Öffentlichkeit die Grenzanlagen zu modernisieren und mit tieferer Staffeln auszubauen. Mauer, Todesstreifen und Befehle zum Einsatz der Schusswaffe bedrohten die Menschen, die den SED-Staat verlassen wollten. Der Entspannungsprozess freilich hatte die Systemgrenzen zwischen Ost und West längst durchlässiger gemacht und die elektronischen Massenmedien praktizierten deren Überwindbarkeit. Die neue Militärdoktrin des Warschauer Paktes bemühte sich 1987 trotz Perestroika um nochmalige Stabilisierung des widersinnigen Anachronismus der geteilten Welt. So fällt auch Bröckermanns Bilanz der Politik des Generalsekretärs an der Spitze von SED-Politbüro und NVR der DDR zwiespältig aus: Ohne die eigenen und die Kriegsplanungen des Warschauer Paktes zu stoppen, weil er an deren friedenserhaltende Wirkung glaubte, betrieb Honecker in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) konstruktive Entspannungspolitik. Von der Militarisierung der DDR-Gesellschaft ging weniger eine reale außenpolitische Bedrohung des Friedens aus. Vielmehr zielte diese innenpolitisch auf die Formierung der Staatsbürger und bewirkte eine nicht abschätzbare Stilllegung und Behinderung ihrer kreativen Leistungsfähigkeit.

Elemente des Militärischen durchdrangen sukzessiv alle Teilbereiche der Gesellschaft von der Kinderbetreuung bis in die Arbeitswelt der Erwachsenen. Fahnenappelle und Wehrrertüchtigung an Schulen, Freizeitangebote der paramilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik (GST), die Verpflichtungserklärung der Studienbewerber als Reserveoffiziersbewerber, Gehorsamsproduktion unter den Soldaten durch Drill in der Ausbildung, ideologische Indoktrinierung und vieles mehr standen in offenkundigem Gegensatz zur offiziellen Friedenspropaganda der SED. Das Dogma einer erklärten Friedfertigkeit der

sozialistischen Staaten ließ jedoch keinen Widerspruch zu. Die Fülle des von Bröckermann umfangreich ausgebreiteten Stoffes verlangt dem Leser höchste Konzentration ab. Das Personenregister erleichtert die Orientierung im Text, das Quellen- und Literaturverzeichnis die weiterführende Beschäftigung mit dem Thema.

"Ab nach Schwedt!"

Das bis heute wenig bekannte Militärstraflager in Schwedt war lange Zeit ein Mythos. DDR-Bürger verbanden mit dem Namen der Stadt an der Oder, die kaum einer selbst kannte, Erdöl und Militärknast, und mit beiden Dingen großes Unwissen. Das Innere des Petrolchemischen Kombinats und die chemischen Prozesse bei der Verwandlung des schmierigen Rohstoffs in alltägliche und außergewöhnliche Zivilisationsprodukte gaben dabei weniger Rätsel auf als die sagenhafte Haftanstalt der NVA. Mit Rüdiger Wenzke hat sich ein vielfach ausgewiesener Kenner der Geschichte des DDR-Militärs der Erforschung dieses schwierigen Gegenstandes angenommen, schwierig wegen der errichteten Mauer des Schweigens und wegen des Mangels an Quellen. Kaum ein Ortsansässiger wollte von der 1968 gegründeten zentralen Militärstrafvollzugsanstalt der DDR wissen, Jahrzehnte informierte kein Hinweisschild unkundige Besucher. Ein Großteil der Unterlagen wurde bisher nicht gefunden und muss als verschollen gelten. Wenzkes Bericht über die im Keller des Bundeswehrkommandos Ost verschwundenen Akten liest sich wie die Skizze zu einer Verschwörungstheorie. Diejenigen, die persönlich über ihre Erfahrungen hätten berichten können, schweigen sich oft aus. "Abschottung und Tabuisierung" (20) wirkten so perfekt, dass das Vergessen beinahe gelang. Insofern ist das zwar kurze, in den Dokumenten des Anhangs abgedruckte Interview, das Rüdiger Wenzke mit dem letzten Kommandeur der Disziplinareinheit, Oberst a. D. Reinhard Decker, führte, bemerkenswert. Unverständlich ist dagegen, dass einem so wichtigen Buch das Verzeichnis der Quellen fehlt, die der Autor bei seinen Recherchen gefunden hat und auf die er sich in seinen Ausführungen stützt.

Wenzkes Buch gibt einen ersten militärhistorischen Überblick über die zentrale Militärstrafvollzugsanstalt und verbindet dies mit der Darstellung von Militärgerichtsbarkeit und -strafvollzug, Disziplinarrecht und disziplinarer Praxis in der NVA. Vor Eröffnung der Haftanstalt in Schwedt wurden verurteilte Militärangehörige und Strafarrestanten zur Verbüßung ihrer Strafe in die Haftarbeitslager Berndshof und Nitzow verbracht. Bis zum Herbst 1982 verblieb die Strafvollstreckung in der Verantwortung des Ministeriums des Innern. Erst zu diesem späten Termin, zeitgleich mit Einführung der Strafform "Dienst in der Disziplinareinheit", wurde der Vollzug dem Ministerium für Nationale Verteidigung übertragen. Diesen Prozess der Ausformung einer Militärgerichtsbarkeit in der DDR begleitete eine fortschreitende Entrechtung, die jede wehrpflichtige Person betraf. In der Strafvollzugsanstalt Schwedt befand sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Militärgefängnis die Disziplinareinheit. Die Strafverbüßung in dieser Einheit war eine Besonderheit im System der Gehorsamserzwingung in der NVA: Der Beschluss des NVR von 1982 gestattete, unabhängig von Militärstrafrecht und Militärjustiz, die tatsächliche und vermeintliche Übertretung der militärischen Ordnung ohne Urteil mit bis zu drei Monaten Haft zu bestrafen. Eine solche außerjustizielle Strafe konnte jeder militärische Vorgesetzte seinen Untergebenen androhen und auf dem Dienstweg beantragen. Kommandeure von der Regimentsebene aufwärts sprachen die Bestrafung aus, ohne dass der Betroffene eine Chance hatte, Widerspruch vorzutragen oder Rechtsmittel einzulegen.

Die Möglichkeit willkürlicher Justizakte in der NVA und fehlende Transparenz der Befugnisse von Vorgesetzten haben maßgeblich zur Entstehung des Mythos "Schwedt" beigetragen. In dem "gesonderten, streng von den Militärstrafgefangenen abgetrennten Disziplinarteil der NVA-Dienststelle" erwarteten "härteste militärische Verhältnisse" die Delinquenten (390). Mehr als die Taten wurden politische Haltungen und Meinungen bestraft. Die Willkürpraxis entlarvte das DDR-Militär als Sozialisierungs- und Herrschaftsinstrument. Die Tatsache, dass Kommandeure das Strafmaß begründen mussten, trug der Fassade des offiziellen Anscheins von Rechtsstaatlichkeit Rechnung. Angesichts der disparaten Quellenlage kann nicht abschließend gesagt werden, ob Willkür gegen Inhaftierte nur in Ausnahmefällen vorkam. Um Angst zu erzeugen, genügte es, dass Schikanen möglich waren. Den Rudimenten der Aktenüberlieferung sind die tatsächlichen Bedingungen des Haftregimes und der oft menschenverachtende Umgang mit den Gefangenen nicht zu entnehmen. Das könnten allein neu zu entdeckende Quellen oder eine umfassende Befragung Betroffener leisten, von denen Wenzke einige interviewt hat.

Die Militärstrafvollzugsanstalt hatte einen politischen Erziehungsauftrag, der darin bestand, bei den Bestraften Selbsterkenntnis der Strafwürdigkeit und Reue über das "Vergehen" herbeizuführen. Obwohl die Disziplinareinheit auf das militärische Ordnungsregime der DDR nur wenige Jahre einwirken konnte, würde die weitere Untersuchung der Haftpraxis wichtige Aufschlüsse über die Ziele militärischer Sozialisation geben: Die in der NVA realisierten militärischen Ordnungskonzepte zeigen allgemeingültige Tendenzen systemrelevanter Disziplinierungsansätze und -vorstellungen der SED-Herrschaft. Rüdiger Wenzke verweist auf dieses Forschungsdesiderat. Ihm ging es um die Darstellung der Entwicklung des gesonderten Militärstrafvollzugs im Spannungsfeld von Militärjustiz und Disziplinarwesen der NVA. Wenzke gelingt ein differenziertes Bild, das nicht mit einem rechtsstaatlichen Verständnis von Justiz übereinstimmt. Entgegen der Versicherung ehemaliger Bediensteter, "Schwedt" sei normaler Strafvollzug gewesen, war es für die Soldaten ein Alptraum. Die Binnenperspektive "Schwedt" sagt mehr aus über die Realität des Militärdienstes in der DDR als die Dienstvorschriften der NVA. Ausgewählte Fotografien und Dokumente, darunter Erinnerungen und Interviews, vervollständigen den mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis und einem Personenregister ausgestatteten Band.

Bausoldaten in der DDR

Bernd Eisenfeld und Peter Schicketanz haben eine längst überfällige Geschichte der Bausoldaten vorgelegt, jenes von der Militärführung in der NVA geschaffenen Sicherheitsrisikos. Beide Autoren befassten sich schon in zahlreichen Veröffentlichungen mit diesem Forschungsgegenstand. Viele ihrer Überlegungen und Argumente werden deswegen dem mit der Literatur vertrauten Leser bekannt sein. In ihrem Gemeinschaftswerk informieren sie umfassend in zahlreichen Facetten über die "Baueinheiten" der NVA. Es ist besonders das Verdienst Bernd Eisenfelds, der vor dem Abschluss des Buches verstarb, vor Jahren schon das Faktum der Legalität dieser "Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte", aus Sicht des MfS einer Organisation der Opposition in den Baueinheiten, herausgearbeitet zu haben.[2] Merkwürdig an der Diskussion während der

Planungsphase in der Armeeführung war, dass über die möglichen Risiken und Folgen nicht gesprochen wurde. Denn in der Tat errichtete hier die Institution eines Staates, dessen Regierung keinen politischen Widerspruch duldete, eine Plattform für eine als oppositionell angesehene Gruppe von Personen. Deren "Vergehen" bestand zwar lediglich darin, dass sie – oft und überwiegend aus religiösen Gründen – ein von der SED-Ideologie abweichendes Weltbild vertraten. Aber gerade dies war für die SED-Führung nicht hinnehmbar. Während sie in allen anderen Fällen solche Personen unnachsichtig verfolgte, institutionalisierte sie Gegner des bewaffneten Wehrdienstes und schuf in den Baueinheiten die Basis, dass unter ihnen ein Gruppenbewusstsein entstand.

"Bausoldaten in der DDR" ist in drei Teile gegliedert. Zunächst schildern die Autoren chronologisch die Ereignisse von der Einführung der gesetzlichen Wehrpflicht nach der Abriegelung der Westgrenze 1961 bis zum Ende der NVA 1990, wobei die Darlegung der Reaktion der evangelischen Landeskirchen auf die Wehrpflicht ausführlich ausfällt. Breiten Raum erhalten weiterhin Versuche kirchlicher Gremien oder Einzelpersonen zur Unterstützung der Bausoldaten und die Schilderungen vielfältiger Konflikte während des Wehrdienstes. Diese hatten ihre Ursache in unterschiedlichen Erwartungshaltungen beider Seiten: Die militärischen Vorgesetzten der Bausoldaten sahen in den unbewaffneten Wehrpflichtigen in NVA-Uniform Soldaten, die zur Erfüllung militärischer Arbeitsleistungen eingezogen worden waren. Die Bausoldaten ihrerseits glaubten oft wider besseren Wissens an den Gesetzestext, der euphemistisch einen "Wehrersatzdienst" versprach und neben der Arbeit an Militärbauten scheinbar zivile Aufgaben in Aussicht stellte. Sie ignorierten, dass innerhalb des Militärs jede Tätigkeit, ja selbst die bloße Existenz militärischen Zwecken dient – das musste zu dauerhaften Kontroversen führen. An diesen ersten Teil schließen sich in Teil zwei die Ausführungen zu einzelnen Themenfeldern an, abgerundet von einem Abschnitt zu den Bausoldaten nach der Wehrdienstzeit einschließlich ihrer "operativen Bearbeitung" durch das MfS und zu ihrer Rolle in der DDR-Opposition sowie einem Exkurs zu den Totalverweigerern. Hier wird neben anderen Fragen nochmals das Verhältnis zwischen Bausoldaten und Offizieren und anderen Militärangehörigen thematisiert, auch die zunehmende Politisierung und die Unterstützung durch die Kirchen. Das MfS hielt an seinem Feindbild fest und verdächtigte die Bausoldaten, nicht nur die als Friedenspolitik bezeichnete Militärpolitik der SED zu verurteilen. Die Staatssicherheit unterstellte ihnen eine grundsätzliche Ablehnung der SED-Politik und befürchtete Synergieeffekte unter anderen Wehrdienstleistenden.

Im abschließenden dritten Teil werden in einer Auswahl, mit der die Autoren ihre Argumentationsstränge untermauern, 76 Dokumente aus verschiedenen Archiven, mehrheitlich Unterlagen des MfS und aus dem Privatarchiv Bernd Eisenfelds, abgedruckt. Weiterhin haben Schicketanz und Eisenfeld dem Personen- und Ortsverzeichnis ein Sachwortregister zur Seite gestellt, das den Gebrauch des Buches sehr erleichtert – ein Entgegenkommen an den Benutzer, das den zuvor besprochenen Publikationen fehlt. Hingegen verzeichnet die Übersicht der Forschungsliteratur, der Signaturen der Abschlussarbeiten von Absolventen der Hochschule des MfS in Potsdam und der ungedruckten Quellen nur einen Teil der von den Autoren benutzten Arbeitsgrundlage. Die sonstigen Archivalien sind allein den etwa 2.000 Fußnoten des Buches zu entnehmen, hinderlich für die wissenschaftliche Arbeit mit der Studie. Zudem sind in der Erschließung der Quellenbestände der NVA im Militärarchiv Freiburg erhebliche Fortschritte zu registrieren, wobei im Verlauf der Neuverzeichnung viele Akten andere Signaturen erhielten und nicht mehr wie angegeben zu finden sind. Jede Ungenauigkeit bei der Zitierung erschwert dann die Suche nach einem Beleg.

Der schnelle Zugang zu den Stasi-Unterlagen durch den früheren Sachgebietsleiter der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), Bernd Eisenfeld, führte offenbar dazu, dass die Autoren der Geschichte der Bausoldaten eine Fülle von Archivmaterial des MfS heranzogen, weniger jedoch die Archivalien des Militärarchivs Freiburg. Zu fragen ist, ob die geringere Berücksichtigung von ursächlich militärischen Akten zugunsten des vorrangigen Einbezugs der MfS-Archivalien die Perspektive dahingehend beeinflusste, dass die militärischen Aspekte in die Darstellung weniger eingeflossen sind als die vom Feindbild des MfS inspirierte Bedrohungswahrnehmung. Die Geschichte der NVA-Baueinheiten als Problem der SED-Führung und ihres Geheimdienstes ist die Geschichte eines politischen Phänomens, das von der Politik auf die Ebene des Militärs verlagert worden war, auf der es keine Lösung geben konnte. Die Quellen militärischer Provenienz deuten darauf hin, dass die Bausoldaten im Sicherheitshorizont der NVA-Führung einen untergeordneten Stellenwert einnahmen, denn die Masse der Disziplinarvergehen der Armeeingehörigen und die zahlreichen Fahnenfluchten über die Westgrenze wogen politisch ungleich schwerer als die systemkritischen Aktivitäten einer Minderheit. Das MfS hingegen beurteilte sie ohne differenzierte Analyse als gefährliche Gruppierung. So lautet das ambivalente Fazit, dass die Baueinheiten "voll und ganz in die NVA eingebunden" (255) und zugleich "Brutstätten oppositioneller Gedanken und oppositioneller Gruppierungen" (415) waren.

Fußnoten

1. Reinhard Brühl, Militärpolitik, in: Andreas Herbst u. a. (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik, Berlin 1998, S. 318–332, hier 318.
2. Bernd Eisenfeld, Eine "legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte". Zur politischen Wirkung der Bausoldaten in der DDR, in: DA 28 (1995) 3, S. 256–271.